

## Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

---

**Sitzungstag:** Donnerstag, 13.06.2013

**Sitzungsort:** Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 21:05 Uhr

### **Anwesend sind:**

Bürgermeister  
Gerhard Böhling

### Ratsmitglieder:

Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Manfred Buß,  
Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang,  
Martin von Heynitz, Horst Herckelrath, Axel Homfeldt, Bernhard Jongbloed,  
Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Anja Kindo, Anne Krüger, Dieter Köhn,  
Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Hans Müller, Joachim Müller,  
Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens, Susanne Riemer,  
Elfriede Schwitters, Frank Michael Stubenhöfer, Melanie Sudholz,  
Ralf Thiesing, Frank Vehoff, Andrea Wilbers, Karl Zabel

### Von der Verwaltung nehmen teil:

StAR Andreas Stamer, StOAR Elke Idel, VA Bohlen-Janßen,  
StOAR Thomas Berghof, BOAR Theodor Kramer,  
GB Julia Stalke, VA Ingrid Eggers

### Es fehlen entschuldigt:

RM Prof. Dr. Hans Günter Appel, RM Elena Kloß

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung

**RV Fischer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

**RV Fischer** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

**RV Fischer** stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 18.04.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. **Herr Retsch** erkundigt sich beim Ratsmitglied Anne Krüger nach den Gründen ihres Austritts aus der BfB-Fraktion. RM Krüger verweist hierzu auf die Berichterstattung in der Presse.

5.2. **Herr Retsch** verweist auf den heutigen Tagesordnungspunkt 28.2. „Erlass einer Satzung für die Durchführung einer Bürgerbefragung für die Übertragung des Abwassernetzes“ und erkundigt sich nach dem Bestehen einer Zeitlinie und die vorgesehene Durchführung der Bürgerinformation.

**BM Böhling** antwortet, dass gemäß Satzung eine schriftliche Information der Bürger/-innen vorgesehen ist. Sofern nähere Überlegungen für eine Übertragung an den OOWV bestehen sollten, werde man sicherlich zuvor zusätzlich eine Informationsveranstaltung durchführen.

5.3. Bezug nehmend auf einen Presseartikel des Kultusministeriums, wonach Gelder für den Aufbau der Kindertagesstätten in Millionenhöhe durch die Gemeinden nicht abgerufen wurden, erkundigt sich **Herr Retsch**, ob die Stadt Schortens diese Mittel beantragt hat.

**BM Böhling** teilt mit, dass die Stadt Schortens bereits Ende des letzten Jahres den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erfüllt hat und alle zur Verfügung stehenden Zuschussmittel beantragt wurden.

5.4. **Herr Minkner** verweist auf ein von der CDU-Ratsfraktion in Umlauf gegebenes Schreiben zur Haushaltssituation der Stadt Schortens und zitiert daraus. Näher geht er auch auf die Berichterstattung in der Presse zur finanziellen Situation der Gemeinde Sande ein.

Er erkundigt sich nach der heutigen finanziellen Situation der Stadt Schortens und der tatsächlichen Gefahr einer Übernahme der finanziellen Verantwortung durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland.

**BM Böhling** erklärt, dass er zu den Aussagen der CDU-Ratsfraktion keine Stellung nehmen kann. Die Gemeinde Sande habe Auflagen von der Kommunalaufsicht erhalten, jedoch habe die Kommunalaufsicht dort nicht das Heft des Handelns in die Hand genommen. Er bestätigt, dass der Stadt Schortens noch kein genehmigter Haushalt vorliegt. Es sei erforderlich, in den nächsten Wochen und Monaten über die finanzielle Entwicklung noch intensiver zu beraten.

Ferner solle im Oktober ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden. Die finanzielle Situation der Stadt Schortens sei sicherlich nicht rosig und daher sei es notwendig, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung viele Sparmaßnahmen durchzuführen. Die Verwaltung erstelle zurzeit entsprechende Vorschläge, die den Ratsgremien zur Beratung vorgelegt werden. Er geht davon aus, dass mit der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes entsprechende Verbesserungen dargestellt werden können. Weitere Angaben wären zurzeit spekulativ. Sobald eine Genehmigung des Haushaltes vorliegt, werde er den Rat und die Öffentlichkeit darüber entsprechend informieren.

**Herr Minkner** fragt nach, warum der Haushalt noch nicht genehmigt wurde und bittet um Angaben zur tatsächlichen Situation.

**BM Böhling** teilt mit, dass über die Entwicklung der Finanzen in den Sitzungen des Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten wird und bietet Herrn Minkner an, an diesen teilzunehmen. Persönlich schätze er die finanzielle Situation als „nicht rosig“, jedoch auch nicht als problematisch ein. Klar sei, dass man sparen müsse. Warum bisher keine Genehmigung zum Haushalt vorliege, könne er nicht beantworten. BM Böhling erläutert hierzu die früheren Regelungen zum Genehmigungsverfahren des Haushaltes vor Einführung der Doppik sowie die gültigen Regelungen, die dem Landkreis Friesland einen längeren Bearbeitungszeitraum einräumen. Der Landkreis werde seine Arbeit sehr sorgfältig erledigen und sicherlich müsse man gemeinsam im Rat sowie auch die Bürgerinnen und Bürger schauen, wo Einsparpotenzial vorhanden ist oder auch Einnahmen generiert werden können.

## 6. Bericht des Bürgermeisters

### 6.1. Mittagsverpflegung an den Grundschulen/Kindertagesstätten

Nachdem der bisherige Lieferant für die Mittagsverpflegung die Belieferung mit Mittagessen für die städtischen Grundschulen und Kindertagesstätten gekündigt hat, beliefert seit Anfang Mai die Familie Wollering vom Bavaria-Restaurant in Wilhelmshaven diese städtischen Einrichtungen. Die Rückmeldungen hierzu sind durchgängig positiv, so dass sich die Stadt auf eine langjährige, gute Zusammenarbeit mit dem neuen Lieferanten freut.

### 6.2. Änderung des bestehenden Bebauungsplanes in Ostiem (Windkraft) abgelehnt

Der Verwaltungsausschuss hat nach ausführlicher Beratung im Planungsausschuss den vorliegenden Anträgen auf Durchführung eines Repowerings und damit zusammenhängend eine Änderung des Bebauungsplanes in Ostiem abgelehnt. Damit ist der Verwaltungsausschuss dem Votum des Planungsausschusses der Stadt Schortens gefolgt.

- 6.3. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 117 „Wohnsiedlung Upjever“  
Aufgrund eines Antrages der Eigentümer der Siedlung Upjever soll ein Bebauungsplan zur Verdichtung der Bauweise in der Siedlung aufgestellt werden. Besondere Beachtung findet hier der Denkmalschutz. Die Siedlung stammt aus den 1930er Jahren und ist dann in den 1950er Jahren erweitert worden. Die städtebauliche Ausrichtung soll sich an die gewachsene Siedlungsstruktur anpassen.

Sowohl für diese Wohnsiedlung als auch für das übrige Stadtgebiet werden sich durch die vom Verteidigungsministerium vorgesehene Entwidmung vom Flugbetrieb neue zukunftsweisende Entwicklungsmöglichkeiten ergeben.

BM Böhling führt aus, dass das gesamte Objektschutzregiment in Zukunft in Upjever konzentriert wird. Zusammen mit anderen Einheiten wird die Zahl der Dienstposten von derzeit 1.650 auf künftig 2.050 Dienstposten anwachsen.

- 6.4. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 116 „Burfenne“  
Anfang dieses Jahres wurde der Aufstellungsbeschluss zum o. g. Bebauungsplan gefasst. Nach Anerkennung des Vorentwurfs soll das Bauleitplanverfahren nunmehr eingeleitet werden. Das Verfahren ist nach § 2 BauGB durchzuführen.

Im diesem Plangebiet sollen ca. 23 Grundstücke für Einzelhäuser und Doppelhäuser unter Beachtung der Mindestgrundstücksgrößen entstehen. Die Vermarktung der Grundstücke erfolgt über die IDB Oldenburg mbH & Co KG (Tochter der LZÖ) als Vorhaben- und Erschließungsträger.

Nunmehr sind die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die Beteiligung der Behörden durchzuführen.

Bis zum Ende dieses Jahres ist mit einem Satzungsbeschluss zu rechnen.

- 6.5. Sachstandsbericht Baumaßnahmen:  
Die Sanierung des Regenwasserkanals in der Fehmarnstraße, 1. Bauabschnitt, ist fertig gestellt.

Die Radwegeplanung von Sillenstede nach Sengwarden entlang der Landesstraße 807 wird durch die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens fortgeführt. Genaue Termine werden hierzu im Verlaufe dieses Monats benannt werden können.

Die GEV wird den Erstausbau für die Erschließung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 108 „Baugebiet Apfelgarten“ in Kürze fertig stellen.

Im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurden im Mai die Radwege im Baugebiet Marschweg in Accum sowie am Ginsterweg instand gesetzt und mit einer neuen Abschlussdecke aus

Mineralgemisch versehen.

7. Feststellung der Fraktionen, Gruppen und ihrer Stärke **SV-Nr. 11//0723**

**StAR Stamer** stellt fest, dass bislang folgende Fraktionen gebildet wurden:

- Die SPD-Fraktion wird aus 13 Ratsmitgliedern gebildet. Fraktionsvorsitzender ist Udo Borkenstein, StellvertreterInnen: Dörthe Kujath und Manfred Buß
- Die CDU-Fraktion wird aus 9 Ratsmitgliedern gebildet. Fraktionsvorsitzender ist Axel Homfeldt, Stellvertreterinnen: Heide Bastrop und Melanie Sudholz.
- Die BfB-Fraktion wird aus 4 Ratsmitgliedern gebildet. Fraktionsvorsitzender ist Janto Just, Stellvertreter: Horst Herckelrath
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird aus 4 Ratsmitgliedern gebildet. Fraktionsvorsitzender ist Martin von Heynitz, Stellvertreterin: Andrea Wilbers

Folgende **Gruppen** wurden gebildet:

- Die SPD-Fraktion bildet gemeinsam mit der Vertreterin der FDP mit 14 Ratsmitgliedern eine Gruppe im Stadtrat. Gruppensprecher ist Udo Borkenstein, Stellvertreterin Dörthe Kujath.
- Die BfB-Fraktion bildet gemeinsam mit dem Vertreter der UWG mit 5 Ratsmitgliedern die BfB-/UWG-Gruppe. Gruppensprecher ist Heinrich Ostendorf, Stellvertreter Dieter Köhn.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bildet mit der Einzelkandidatin „Die Linke“, Anja Kindo, und mit der fraktionslosen Ratsfrau Anne Krüger eine Gruppe mit der Bezeichnung „Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke-Anne Krüger“. Gruppensprecher ist Martin von Heynitz, Stellvertreterin Andrea Wilbers.

8. Bildung des Verwaltungsausschusses **SV-Nr. 11//0724**

1. Die Zahl der Beigeordneten ist gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 NKomVG auf 6 Beigeordnete festgesetzt. Der Rat hat jedoch von der Möglichkeit gemäß § 74 Abs. 2 Satz 2 NKomVG Gebrauch gemacht und die Zahl auf 8 Beigeordnete für die Dauer der Wahlperiode erhöht. Daneben ist der Bürgermeister kraft Gesetz Mitglied und führt den Vorsitz.
2. Nach der Stärke der Fraktionen/Gruppen ergibt sich folgende Sitzverteilung:
  - SPD/FDP-Gruppe 3 Sitze

- CDU-Fraktion 2 Sitze
- BfB/UWG-Gruppe 1 Sitz
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-  
Die Linke-Anne Krüger-Gruppe 2 Sitze

3. Es werden die folgenden Ratsmitglieder als Beigeordnete bestimmt:

- |                    |                   |
|--------------------|-------------------|
| 1. Anne Bödecker   | 5. Ralf Thiesing  |
| 2. Manfred Buß     | 6. Andrea Wilbers |
| 3. Udo Borkenstein | 7. Anne Krüger    |
| 4. Axel Homfeldt   | 8. Janto Just     |

4. Für die unter Ziffer 3 bestimmten Beigeordneten werden folgende StellvertreterInnen bestimmt:

- |                    |                       |
|--------------------|-----------------------|
| 1. Peter Eggerichs | 5. Wolfgang Ottens    |
| 2. Michael Fischer | 6. Martin von Heynitz |
| 3. Dörthe Kujath   | 7. Anja Kindo         |
| 4. Heide Bastrop   | 8. Dieter Köhn        |

VertreterInnen, die von einer Fraktion oder Gruppe benannt wurden, vertreten sich untereinander.

5. Die sich aus den vorgenannten Benennungen ergebende Sitzverteilung wird festgestellt.

9. Wahl der/s stellv. Bürgermeisters/-in **SV-Nr. 11//0725**

RM Borkenstein schlägt für die SPD-FDP-Gruppe RM Anne Bödecker vor.

Da lediglich ein Vorschlag vorliegt, erfolgt eine Wahl durch Handzeichen.

Die Bewerberin Anne Bödecker wird einstimmig zur stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt.

Auf Nachfrage des RV Fischer teilt RM Bödecker mit, dass sie die Wahl annimmt.

10. Bildung der Ausschüsse des Rates **SV-Nr. 11//0726**

1. Es werden entsprechend der Regelung der Geschäftsordnung und dem vorangegangenen Ratsbeschluss über die Einrichtung eines weiteren Ausschusses folgende Ausschüsse gebildet:

1. Schul-, Jugend- und Sozialausschuss
2. Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus
3. Finanz- und Wirtschaftsausschuss
4. Planungsausschuss

5. Bau- und Umweltausschuss

6. Freizeitbadausschuss

2. Die Zahl der Ausschussmitglieder wird mit 9 festgelegt.

3. Nach der Stärke der Fraktionen/Gruppen ergibt sich folgende Sitzverteilung:

➤ Gruppe SPD/FDP:	4 Sitze
➤ CDU-Fraktion	2 Sitze
➤ Gruppe BfB/UWG:	1 Sitz
➤ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- Die Linke-Anne Krüger-Gruppe	2 Sitze

4. Die Fraktionen schlagen folgende Ausschussmitglieder und VertreterInnen vor:

1. Schul-, Jugend- und Sozialausschuss

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/-innen</u>
Susanne Riemer	Anne Bödecker
Dörthe Kujath	Peter Eggerichs
Joachim Müller	Hans Müller
Sandra Muschke	Udo Borkenstein
Heide Bastrop	Axel Homfeldt
Wolfgang Ottens	Melanie Sudholz
Andrea Wilbers	Martin von Heynitz
Anja Kindo	Anne Krüger
Heinrich Ostendorf	Janto Just

*Die hinzugewählten Vertreter/-innen in Schul- und Jugendangelegenheiten bleiben unverändert.*

2. Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/-innen</u>
Peter Eggerichs	Susanne Riemer
Michael Fischer	Elfriede Schwitters
Thomas Labeschautzki	Kirsten Kaderhandt
Sandra Muschke	Dörthe Kujath
Thomas Eggers	Horst-Dieter Freygang
Melanie Sudholz	Frank Vehoff
Anne Krüger	Martin von Heynitz
Frank Michael Stubenhöfer	Andrea Wilbers
Horst Herckelrath	Heinrich Ostendorf

3. Finanz- und Wirtschaftsausschuss

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/-innen</u>
Peter Eggerichs	Michael Fischer
Dörthe Kujath	Sandra Muschke
Hans Müller	Karl Zabel
Susanne Riemer	Thomas Labeschautzki
Horst-Dieter Freygang	Bernhard Jongebloed
Axel Homfeldt	Frank Vehoff
Martin von Heynitz	Elena Kloß

Frank Michael Stubenhöfer  
Prof. Dr. Hans Günter Appel

Anja Kindo  
Heinrich Ostendorf

4. Planungsausschuss

Mitglieder  
Michael Fischer  
Thomas Labeschautzki  
Elfriede Schwitters  
Karl Zabel  
Frank Vehoff  
Ralf Thiesing  
Elena Kloß  
Andrea Wilbers  
Dieter Köhn

Stellvertreter/-innen  
Joachim Müller  
Manfred Buß  
Anne Bödecker  
Hans Müller  
Wolfgang Ottens  
Bernhard Jongebloed  
Martin von Heynitz  
Frank Michael Stubenhöfer  
Prof. Dr. Hans Günter Appel

5. Bau- und Umweltausschuss:

Mitglieder  
Hans Müller  
Kirsten Kaderhandt  
Joachim Müller  
Karl Zabel  
Thomas Eggers  
Bernhard Jongebloed  
Elena Kloß  
Anne Krüger  
Dieter Köhn

Stellvertreter/-innen  
Thomas Labeschautzki  
Peter Eggerichs  
Udo Borkenstein  
Manfred Buß  
Ralf Thiesing  
Heide Bastrop  
Anja Kindo  
Frank Michael Stubenhöfer  
Horst Herckelrath

6. Freizeitbad-Ausschuss:

Mitglieder  
Michael Fischer  
Manfred Buß  
Udo Borkenstein  
Karl Zabel  
Heide Bastrop  
Thomas Eggers  
Martin von Heynitz  
Anja Kindo  
Janto Just

Stellvertreter/-innen  
Kirsten Kaderhandt  
Peter Eggerichs  
Anne Bödecker  
Elfriede Schwitters  
Ralf Thiesing  
Frank Vehoff  
Anne Krüger  
Elena Kloß  
Prof. Dr. Hans Günter Appel

7. Die sich vorstehend ergebende Sitzverteilung und die Ausschussbesetzung werden durch Beschluss festgestellt.

11. Zuteilung der Ausschussvorsitze **SV-Nr. 11//0727**

Die Fraktionen/Gruppen benennen nach dem Höchstzahlverfahren die Ausschüsse, deren Vorsitz sie beanspruchen und bestimmen den/die Ausschussvorsitzende/n einschließlich StellvertreterIn.

1. Schul-, Jugend- und Sozialausschuss:



Ausschussvorsitz: Susanne Riemer  
StellvertreterIn: Dörthe Kujath

2. Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus:  
Ausschussvorsitz: Anne Krüger  
StellvertreterIn: Frank Michael Stubenhöfer

3. Finanz- und Wirtschaftsausschuss:  
Ausschussvorsitz: Peter Eggerichs  
StellvertreterIn: Hans Müller

4. Planungsausschuss:  
Ausschussvorsitz: Dieter Köhn  
StellvertreterIn: Prof. Dr. Hans Günter Appel

5. Bau- und Umweltausschuss:  
Ausschussvorsitz: Joachim Müller  
StellvertreterIn: Hans Müller

6. Freizeitbadausschuss:  
Ausschussvorsitz: Heide Bastrop  
StellvertreterIn: Thomas Eggers

12. Benennung von VertreterInnen für die Gesellschafterversammlung der Wohnungsbaugesellschaft mbH **SV-Nr. 11//0728**

Einstimmig werden die nachfolgenden Ratsmitglieder in die Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH gewählt:

Mitglied: Hans Müller  
stv. Mitglied: Peter Eggerichs

13. Benennung von VertreterInnen für die Gesellschafterversammlung der Gaststättenverwaltungsgesellschaft "Forsthaus Upjever" GmbH **SV-Nr. 11//0729**

Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden in die Gesellschafterversammlung der Gaststättenverwaltungsgesellschaft „Forsthaus Upjever“ GmbH entsandt:

<u>als Vertreter/-in</u>	<u>als Stellvertreter/-in</u>
Peter Eggerichs	Kirsten Kaderhandt
Thomas Eggers	Axel Homfeldt
Andrea Wilbers	Anne Krüger

Es wird bestimmt, dass sich die Vertreter/-innen gegenseitig vertreten können.

14. Benennung von VertreterInnen für die Gesellschafterversammlung der Gründerzentrum Schortens GmbH **SV-Nr. 11//0730**

Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden in die Gesellschafterversammlung der Gründerzentrum Schortens GmbH entsandt:

<u>als Vertreter/-in</u>	<u>als Stellvertreter/-in</u>
Thomas Labeschautzki	Michael Fischer
Karl Zabel	Joachim Müller
Horst-Dieter Freygang	Ralf Thiesing
Elena Kloß	Frank Michael Stubenhöfer
Prof. Dr. Hans Günter Appel	Dieter Köhn

Es wird bestimmt, dass sich die VertreterInnen gegenseitig vertreten können.

15. Benennung von VertreterInnen für die Gesellschafterversammlung der TCN-Marketing GmbH **SV-Nr. 11//0731**

Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden in die Gesellschafterversammlung der TCN-Marketing GmbH entsandt:

<u>als Vertreter/-in</u>	<u>als Stellvertreter/-in</u>
Horst-Dieter Freygang	Manfred Buß

16. Benennung von VertreterInnen für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Ems Dollart Region (EDR) **SV-Nr. 11//0732**

In die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Ems Dollart Region (EDR) werden entsandt:

<u>als Vertreter/-in</u>	<u>als Stellvertreter/-in</u>
BM Böhling	AV Müller
Heide Bastrop	Karl Zabel

17. Benennung von VertreterInnen für die Gesellschafterversammlung der Campingplatz Schortens-Jever GmbH **SV-Nr. 11//0733**

Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden in die Gesellschafterversammlung der Campingplatz Schortens-Jever GmbH entsandt:

<u>als Vertreter/-in</u>	<u>als Stellvertreter/-in</u>
Thomas Labeschautzki	Peter Eggerichs
Thomas Eggers	Melanie Sudholz

Martin von Heynitz

Horst Herckelrath

Es wird bestimmt, dass sich die Vertreter/-innen gegenseitig vertreten können.

18. Benennung von VertreterInnen für die Gremien der Kindergärten fremder Träger **SV-Nr. 11//0734**

Für das Kuratorium der Ev.-luth. Kirchengemeinde und dem Kindergartenausschuss der Kath. Kirchengemeinde St. Josef Roffhausen werden folgende Vertreter/-innen benannt:

als Vertreter/-in

BM Böhling

Susanne Riemer

Bernhard Jongebloed

Anja Kindo

als Stellvertreter/-in

AV Müller

Dörthe Kujath

Heide Bastrop

Anne Krüger

Es wird bestimmt, dass sich die Vertreter/-innen gegenseitig vertreten können.

Für die Gremien der Stadt Jever für den Kindergarten Moorwarfen werden benannt:

als Vertreter/-in

BM Böhling

Susanne Riemer

als Stellvertreter/-in

AV Müller

Dörthe Kujath

19. Benennung von VertreterInnen für die Kreismitgliederversammlung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes **SV-Nr. 11//0735**

Für die Kreismitgliederversammlung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) werden folgende Vertreter/innen benannt:

als Vertreter/-in

BM Böhling

Udo Borkenstein

Heide Bastrop

als Stellvertreter/-in

AV Müller

Anne Bödecker

Ralf Thiesing

Als Stimmführer wird benannt: Udo Borkenstein

20. Benennung von VertreterInnen für die Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft **SV-Nr. 11//0736**

In die Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft werden entsandt:

als Vertreter/-in  
BM Böhling  
Elfriede Schwitters

als Stellvertreter/-in  
AV Müller  
Dörthe Kujath

21. Benennung von VertreterInnen für die Mitgliederversammlung des Vereins Gaudium Frisia e. V. **SV-Nr. 11//0737**

In die Mitgliederversammlung des Vereins Gaudium Frisia e. V. werden entsandt:

als Vertreter/-in  
BM Böhling  
Peter Eggerichs

als Stellvertreter/-in  
AV Müller  
Joachim Müller

22. Benennung von VertreterInnen für den Heimatbund für Niedersächsische Kultur e. V. "De Spieker" **SV-Nr. 11//0738**

in den Heimatbund für Niedersächsische Kultur e. V. „De Spieker“ werden entsandt:

als Vertreter/in  
BM Böhling  
Elfriede Schwitters

als Stellvertreter/-in  
AV Müller  
Anne Bödecker

23. Benennung von VertreterInnen für den Vorstand und die Mitgliederversammlung des Regionalen Umweltzentrums Schortens e. V.  
**SV-Nr. 11//0739**

Die nachfolgenden Personen werden in die Organe des Regionalen Umweltzentrums Schortens e. V. entsandt:

1. Vorstand: Mitglied: Petra Kowarsch  
stv. Mitglied: Peter Thiemann

2. Mitgliederversammlung:  
Mitglied: Melanie Sudholz  
stv. Mitglied: Heide Bastrop

RM Borkenstein hat an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

24. Benennung von VertreterInnen für die Mitgliederversammlung des Vereins "Gattersäge Upjever" e. V. **SV-Nr. 11//0740**

Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden in die Mitgliederversammlung des Vereins „Gattersäge Upjever“ e. V. entsandt:

als Vertreter/-in  
Manfred Buß

als Stellvertreter/-in  
Dörthe Kujath

25. Benennung von VertreterInnen für den Vorstand des Vereins TGM e. V.  
**SV-Nr. 11//0741**

**RV Fischer** bittet um Vorschläge.

**RM Bastrop** schlägt für die CDU-Fraktion RM Thomas Eggers vor.

**RM Krüger** schlägt für die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke-Anne Krüger“ RM Martin von Heynitz vor.

Auf Antrag von **RM Krüger** wird eine geheime Wahl durchgeführt.

Zur Schriftführerin wird die Protokollführerin Ingrid Eggers und zu Stimmzähler die Ratsmitglieder Manfred Buß und Horst-Dieter Freygang benannt.

Nach durchgeführter Wahl wird folgendes Ergebnis festgestellt:

Für den Bewerber Eggers wurden 23 Stimmen und für den Bewerber von Heynitz 8 Stimmen abgegeben. Ein Ratsmitglied hat sich der Stimme enthalten. Somit ist der Bewerber Thomas Eggers gewählt.

Hinweis der Verwaltung:

*Für den Bewerber Eggers wurden 24 Stimmen abgegeben und nicht wie in der Sitzung bekannt gegeben 23. Für den Bewerber von Heynitz wurden 8 Stimmen abgegeben; ein Ratsmitglied hat sich der Stimme enthalten. Das Wahlergebnis ändert sich dadurch nicht.*

In der folgenden offenen Abstimmung wird RM Kirsten Kaderhandt als Stellvertreterin gewählt.

26. Benennung von VertreterInnen für den Verwaltungsrat der AÖR  
Baubetriebshof Schortens **SV-Nr. 11//0742**

Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden in den Verwaltungsrat der AÖR Baubetriebshof Schortens entsandt:

als Vertreter/-in  
Udo Borkenstein  
Frank Vehoff  
Anja Kindo

als Stellvertreter/-in  
Michael Fischer  
Horst-Dieter Freygang  
Anne Krüger

Es wird bestimmt, dass sich die Vertreter/-innen gegenseitig vertreten können.

Im Anschluss an die Beratung zum Tagesordnungspunkt 26 wird auf Nachfrage von RV Fischer einstimmig die Zustimmung zur Vernichtung der Stimmzettel aus dem heutigen Wahlgang erteilt.

27. Vorlage des Bau- und Umweltausschusses vom 17.04.2013

- 27.1. Weiterführung des Energiesparprojektes für die friesischen Kindergärten und Grundschulen beim BMU als Aktivitätsprämiensystem, Antrag beim BMU **SV-Nr. 11//0640**

**BOAR Kramer** trägt den Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

Anschließend lässt **RV Fischer** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Das Projekt EnergiesparKids an friesischen Grundschulen und Kindergärten wird als Aktivitätsprämiensystem“ in Schortens weitergeführt. Auf der Grundlage einer Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) wird eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Träger der Einrichtung und einem Umweltbildungszentrum für die Dauer von 01.09. 2013 bis zum 31.08.2016 geschlossen.**

**Ein Umweltbildungszentrum oder eine ähnliche Einrichtung übernimmt für diese Zeit die pädagogische Betreuung in den Schulen, Kitas und die Auswertung der CO2- Einsparungen bzw. Energieeinsparungen in den beteiligten Grundschulen und Kitas.**

**Der Träger der Einrichtung verpflichtet sich, einmal jährlich zum Ende des Schul- bzw. Kindergartenjahres pro Einrichtung und erreichter Prämienpunktezahleinen entsprechend vereinbarten Betrag (abhängig von der Schülerzahl und gestaffelt nach Leistung) an die am Energiesparprojekt teilnehmende Einrichtung zu zahlen.**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

28. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 29.05.2013

- 28.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2013 auf Fassung eines Grundsatzbeschlusses für eine jährliche Gebühren- und Entgeltanpassung **AN-Nr: 11/0075**

**RM Freygang** erläutert und begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Seine Fraktion möchte, dass die Verwaltung die festgelegten und erhobenen Gebühren und Entgelte hinsichtlich der Teuerungsrate unter Einbeziehung etwaiger Lohnsteigerungen einmal jährlich prüft und das

Ergebnis dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorlegt. Die Verwaltung solle in Abstimmung mit dem Controlling eine Formel erarbeiten, die die tatsächlichen Kostensteigerungen erfasst und somit die Grundlage für eine Anpassung von Entgelten und Gebühren bilden kann.

In der Vergangenheit seien über zehn, zwölf Jahre keine Gebührenanpassungen erfolgt, was für die Bürgerinnen und Bürger Steigerungen um hohe Prozentsätze zur Folge hatte.

Durch Fassung des beantragten Grundsatzbeschlusses sollen solche sprunghaften Steigerungen zukünftig ausgeschlossen werden.

**RM Just** erklärt, dass der ursprünglich von der CDU-Fraktion eingereichte Antrag einen Automatismus für eine jährliche Gebührenerhöhung beinhaltete, der im Fachausschuss gestrichen worden sei. Diese Kritik bestehe seitens der BfB/UWG-Gruppe auch nach der erfolgten Änderung. Der Antrag sehe eine automatische Gebührenanpassung unter ausschließlicher Berücksichtigung der Teuerungsrate und etwaiger Lohnsteigerungen vor, die im Ergebnis ausschließlich zu einer jährlichen Steigerung führen würde, was für die Bürgerinnen und Bürger nicht gut sei. Vollkommen ausgeblendet sei dabei die Aufgabe des Rates, solchen Verteuerungen nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Dies sei auf verschiedene Art und Weise möglich; u. a. durch Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen oder durch Verzicht auf Umsetzung/Durchführung einzelner Vorhaben. Ziel des Rates sollte es sein, die Gebühren trotz Kostensteigerungen und Lohnerhöhungen möglichst konstant zu halten. Hier werde jedoch eine ganz andere Richtung eingeschlagen. Im Namen der BfB/UWG-Gruppe beantragt RM Just, die Beschlussempfehlung nach dem Wort „Lohnsteigerungen“ um den Halbsatz „**sowie unter Einbeziehung von Kostensenkungs- und Einsparmöglichkeiten**“ zu ergänzen.

**RM Eggerichs** gibt zu bedenken, dass es während des ganzen Jahres Aufgabe der Politik sei, die Effizienz zu überprüfen. Der von der BfB/UWG-Gruppe beantragte Zusatz sei aus seiner Sicht somit entbehrlich und daher lehne er den Antrag ab.

**RM Homfeldt** betont, dass kein Ratsmitglied den Bürger/-innen mehr Geld abnehmen wolle als unbedingt notwendig. Das ganze Jahr über sei es die Aufgabe des Rates, den wirtschaftlichen Zustand und den Verlauf des Wirtschaftsjahres in den städtischen Einrichtungen zu kontrollieren. Mit Fassung des Grundsatzbeschlusses verpflichte sich der Rat, Sprünge in der Gebührenhöhe zu verhindern. Hierzu verweist er auf das Aqua-Toll und die erfolgte Erhöhung der Entgelte für die Kindertagesstätten.

Preissteigerungen erführen die Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensbereichen. Jedoch werde oft nicht berücksichtigt, dass die Preise auch für die städtischen Einrichtungen steigen, und zwar nicht nur die Energiepreise, sondern u. a. auch die Gehälter. Dieses könne irgendwann nicht mehr durch reine Sparsamkeit und Kürzungen kompensiert werden. Durch Fassung des Grundsatzbeschlusses würde sich der Rat einmal jährlich mit diesem Thema befassen und

entscheiden, ob eine Erhöhung erforderlich wird oder nicht. Der Rat hätte dadurch die volle Kontrolle und würde dem Interesse der Bürger/-innen Rechnung tragen.

**RM Freygang** erklärt, dass er den Antrag der CDU-Fraktion im Finanz- und Wirtschaftsausschuss modifiziert habe, weil einige Ratsmitglieder darin den Automatismus für eine jährliche Erhöhung durch die Verwaltung sahen. Das sei nicht Fall. In der Pflicht wären die Ratsgremien.

Zum Redebeitrag des RM Just führt er u. a. aus, dass die Überprüfung durch Verwaltung und Controlling sicherlich nicht nur zu Erhöhungen, sondern auch zu Verbesserungen in einigen Positionen führen würde. Die beantragte Ergänzung der Beschlussempfehlung halte er daher für entbehrlich.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Just gibt **RM Thiesing** zu bedenken, dass es aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen nicht möglich sein wird, für die Bürger/-innen eine gleichbleibende Leistung unter Beibehaltung einer konstanten Gebühr zu erbringen.

**RM von Heynitz** erklärt, dass die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke-Anne Krüger“, dem Beschlussvorschlag des Fachausschusses zustimmen wird.

**RM Kindo** sieht es als unschädlich an, die von der BfB/UWG-Gruppe beantragte Ergänzung aufzunehmen.

**RV Fischer** lässt zunächst über den Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und anschließend über den Antrag der BfB/UWG-Gruppe abstimmen:

1. Antrag der BfB/UWG-Gruppe auf Ergänzung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses:

Alle von der Stadt Schortens festgelegten und erhobenen Gebühren und Entgelte werden von der Verwaltung hinsichtlich der Teuerungsrate unter Einbeziehung etwaiger Lohnsteigerungen **sowie unter Einbeziehung von Kostensenkungs- und Einsparmöglichkeiten** geprüft und einmal jährlich dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

2. Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses:

**Alle von der Stadt Schortens festgelegten und erhobenen**



**Gebühren und Entgelte werden von der Verwaltung hinsichtlich der Teuerungsrate unter Einbeziehung etwaiger Lohnsteigerungen geprüft und einmal jährlich dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.**

Der Beschlussvorschlag wird bei 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen.

- 28.2. Satzung für die Durchführung einer Bürgerbefragung zur Übertragung des Abwassernetzes **SV-Nr. 11//0698**

**StOAR Idel** trägt die Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

**RM Just** teilt mit, dass die BfB/UWG-Gruppe die Durchführung einer Bürgerbefragung, sofern sie sich als notwendig erweisen sollte, unterstützt. Die gemeinsame Durchführung mit der Bundestagswahl befürwortet er, weil dadurch ein repräsentatives Ergebnis erreicht werden könne. Besonders stellt er heraus, dass sich die Gruppe gegen einen Verkauf des Abwassernetzes an den OOWV ausspricht, weil sie dadurch Nachteile für die Bürger/-innen erwartet.

**RV Fischer** lässt anschließend über die nachfolgend aufgeführte Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses abstimmen.

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Satzung für die Durchführung einer Bürgerbefragung zur Übertragung des Abwassernetzes wird beschlossen.**

Die Beschlussempfehlung wird bei 8 Gegenstimmen beschlossen.

- 28.3. Abschluss des Konzessionsvertrages (Wegenutzungsvertrag) mit der EWE Netz GmbH **SV-Nr. 11//0687/1**

**StOAR Idel** trägt die nachfolgende Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor:

**Die Stadt Schortens erteilt der EWE Netz GmbH den Zuschlag zum Abschluss eines Stromkonzessionsvertrages und eines Gaskonzessionsvertrages auf die der SV-Nr. 11//0687 als Anlage beigefügten Konzessionsverträge in Gestalt des Nebenangebotes 1 jeweils in der Fassung vom 04. Dezember 2012.**

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

29. Vorlagen des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 30.05.2013

- 29.1. Redaktionelle Änderung der Kindertagesstättenentgeltordnung **SV-Nr. 11//0709**

**StAR Stamer** trägt den Beschlussvorschlag des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

Anschließend lässt **RV Fischer** über die nachfolgend aufgeführte Beschlussempfehlung abstimmen:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Änderung der Entgeltordnung der Stadt Schortens über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme der städtischen Kindertagesstätten wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird bei 5 Enthaltungen beschlossen.

29.2. Mögliche Aufgabenverlagerung der Aufgaben "Grundsicherung und Asylbewerberleistungsgesetz" **SV-Nr. 11//0711**

**StAR Stamer** trägt den Beschlussvorschlag des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

**RM Riemer**, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, teilt mit, dass der Fachausschuss in der Frage einer möglichen Verlagerung der Aufgaben „Grundsicherung“ und „Asylbewerberleistungsgesetz“ leider kein einheitliches Bild geboten hat. Für die Beibehaltung der Aufgaben und damit für die Bürgerfreundlichkeit hätten vier Mitglieder, für die Aufgabenabgabe an den Landkreis und damit Kostenersparnis drei Mitglieder gestimmt, ein Mitglied habe sich der Stimme enthalten. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei damit abgelehnt worden. Sie bittet darum, dies heute ebenfalls zu tun.

Als Bürgermeister und Chef seiner Mitarbeiter/-innen bedankt sich **BM Böhling** bei allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung und den Einrichtungen der Stadt Schortens für die gute Arbeit. Dieses gelte insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem speziellen Bereich tätig sind. Es handele sich hierbei um eine anspruchsvolle Aufgabe. Jedoch habe er vom Rat der Stadt Schortens im vergangenen Jahr den Beschluss erhalten, die Personalkosten in den nächsten Jahren zu reduzieren. Daher habe er dem Fachausschuss und letztlich dem Rat vorgeschlagen, diese Aufgaben an den Landkreis Friesland abzugeben und damit ca. 50.000 Euro im Jahr einzusparen. Er betont, dass durch die Abgabe dieser Aufgaben kein Mitarbeiter bzw. keine Mitarbeiterin das Rathaus verlassen müsse, weil Umsetzungen innerhalb des Rathauses erfolgen werden. Er bittet seine Mitarbeiter/-innen um Verständnis und die Mitglieder des Rates um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

**RM Ottens** stellt heraus, dass der Rat mit großer Mehrheit beschlossen hat, die Personalkosten zu senken. Jedoch spreche man sich bei der heute vorgeschlagenen Möglichkeit zur Einsparung bereits wieder für die Bürgerfreundlichkeit aus. Man werde in dieser Kommune keinen

Cent sparen, wenn man die von der Verwaltung vorgelegten Vorschläge ablehne. Andere Kommunen hätten diese Aufgaben ebenfalls an den Landkreis übertragen, ohne dass man von negativen Folgen gehört hätte.

Er gibt zu bedenken, dass auch zukünftig Anträge im Rathaus eingereicht werden können und die Bürgerfreundlichkeit erhalten bliebe. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung, der im Fachausschuss abgelehnt wurde, zustimmen.

**RM Kindo** spricht sich gegen den Vorschlag der Verwaltung aus. Für sie definiere sich eine Stadt über die Bereithaltung von Dienstleistungen für ihre Bürger/-innen. Sie halte es für falsch, auf Kosten der immobilsten Menschen - wie u. a. Rentnern, die Grundsicherung beziehen und die weder gesund seien, noch über Mittel verfügten, weit zu reisen - zu sparen.

**RM Borkenstein** bestätigt, dass die Verwaltung aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation beauftragt wurde, Vorschläge zur Einsparung von Personalkosten vorzulegen. Zum vorliegenden Vorschlag gibt er jedoch zu bedenken, dass dieser die Ärmsten der Armen - nämlich die Sozialhilfeempfänger und die Asylbewerber - betrifft und damit die Gruppe in der Bevölkerung, von der die geringste Gegenwehr zu erwarten sei. Die SPD-FDP-Gruppe wünsche sich andere Vorschläge, über die man Abwägungen treffen könne. Er betont, dass die Zahl der Fälle gemäß Statistik des Landkreises in den vergangenen fünf Jahren um 30 % gestiegen ist mit großem Trend nach ob.

Aus Sicht seiner Gruppe solle zunächst die Vorlage des Gesamtkonzeptes durch die Verwaltung abgewartet und keine Einzelentscheidungen getroffen werden. Hinsichtlich der weiterhin bestehenden Möglichkeit der Abgabe von Anträgen im Rathaus gibt er zu bedenken, dass die vorhandene gute Kompetenz der Mitarbeiter/-innen verloren gehen wird, da entsprechende Weiterbildungen nicht mehr stattfinden werden.

Die SPD/FDP-Gruppe werde sich heute - wie bereits in der Sitzung des Fachausschusses - gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung aussprechen.

**RM Just** teilt mit, dass die BfB/UWG-Gruppe bereits im letzten Jahr die Einsparung dieser Stelle beantragt hatte. Zwar sei es richtig, dass die Zahl der Fälle in den vergangenen Jahren gestiegen ist, jedoch sei auch die Stelle auf 1,65 Stellenanteile aufgestockt worden. Da auch zukünftig ein Anteil von 0,65 erhalten bliebe, bestehe für immobile Bürger/-innen weiterhin die Möglichkeit ihre Anträge im Rathaus abzugeben. Für die Bürger/-innen würde kein längerer Weg entstehen. Er gibt zu bedenken, dass die Bürger/-innen aus Accum, Sillenstede und Roffhausen auch bisher einen langen Weg zurücklegen mussten. Da sich für die Bürger/-innen keine negativen Änderungen in der Leistung ergeben, hält die Gruppe eine Abgabe der Aufgaben an den Landkreis für zumutbar. Unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltssituation und zukünftige erforderliche Investitionen - u. a. in das Freizeitbad Aqua-Toll und die Sanierung von Sportplätzen - sollte sich die Stadt diese Möglichkeit zur Einsparung von Kosten nicht

entgehen lassen.

**RM von Heynitz** erklärt, dass die Mitglieder der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke-Anne Krüger“ nicht einheitlich als Gruppe abstimmen werden. Aufgrund der Beibehaltung der Antragsabgabe hält er eine Abgabe der Aufgaben an den Landkreis für zumutbar.

**RM Schwitters** lehnt den Vorschlag der Verwaltung ab. Die Wahrnehmung der Aufgaben im sozialen Bereich und vor allem für die wirklich Schwächsten der Gesellschaft sei immer ein Indiz für bürgerfreundliches und verantwortungsvolles Handeln der Stadt gewesen.

Jetzt eine Rückübertragung an den Landkreis zu beschließen, würde einen Verlust an Bürgernähe bedeuten. Sie schließt sich den Ausführungen des RM Borkenstein zur Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur Einsparung von Personalkosten an.

**BM Böhling** beantragt, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, diese Aufgaben zum 01.01.2014 an den Landkreis Friesland abzugeben, zu folgen.

**RV Fischer** lässt zunächst über den Beschlussvorschlag des Fachausschusses und anschließend über den Antrag des Bürgermeisters Böhling abstimmen:

1. Beschlussvorschlag des Fachausschusses:

**Der Beschlussvorschlag zur Übertragung der Aufgaben der Grundsicherung und des Asylbewerberleistungsgesetzes zum 01.01.2014 an den Landkreis Friesland wird abgelehnt.**

Der Beschlussvorschlag wird bei 15 Ja- und 18-Nein-Stimmen abgelehnt.

2. Antrag des Bürgermeisters Böhling:

**Die Aufgaben der Grundsicherung und des Asylbewerberleistungsgesetzes werden zum 01.01.2014 an den Landkreis Friesland abgegeben.**

Dem Antrag wird bei 18 Ja- und 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

30. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen und Anregungen geäußert.

**Nichtöffentlicher Teil:**